

Stand: 20.04.2026 06:16:01

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/348

"Unbefristete Stellen für die Lehrerinnen und Lehrer des Islamischen Religionsunterrichts"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/348 vom 13.02.2019
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/1750 des OD vom 11.04.2019
3. Beschluss des Plenums 18/2268 vom 23.05.2019
4. Plenarprotokoll Nr. 20 vom 23.05.2019



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Eva Lettenbauer, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Gisela Sengl, Maximilian Deisenhofer, Anne Franke, Susanne Kurz, Hep Monatzeder, Anna Toman, Dr. Sabine Weigand** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Unbefristete Stellen für die Lehrerinnen und Lehrer des Islamischen Religionsunterrichts

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die bisher im Bereich Islamischer Religionsunterricht befristet beschäftigten Lehrkräfte mit sofortiger Wirkung zu entfristen. Liegen die entsprechenden Voraussetzungen vor, sind Verbeamtungen vorzunehmen.

Begründung:

Der Modellversuch Islamischer Unterricht läuft am 31.07.2019 nach über neun Jahren aus. Die Staatsregierung ist bisher zu keinem Ergebnis gekommen, wie das sehr erfolgreiche Modell weitergeführt werden soll. An den Schulen, bei der Elternschaft und selbstverständlich bei den betroffenen Lehrkräften herrscht große Verunsicherung.

Derzeit werden 95 Lehrkräfte für den Islamischen Religionsunterricht eingesetzt. Die Lehrkräfte werden durch die zuständige Regierung ausgewählt. Kriterien sind dabei neben dem Nachweis pädagogisch-didaktischer und fachlicher Kenntnisse die Sicherheit im Umgang mit der deutschen Sprache – der Unterricht wird auf Deutsch erteilt – sowie die Verfassungstreue der Bewerber. Im Schuljahr 2017/2018 wurden an 233 Grundschulen, 115 Mittelschulen, 4 Realschulen, 3 Gymnasien und 2 Berufsschulen insgesamt 16.131 muslimische Schülerinnen und Schüler unterrichtet. 10 Prozent dieser Lehrkräfte sind verbeamtet oder werden unbefristet beschäftigt. 90 Prozent haben lediglich befristete Verträge, was vor dem Hintergrund, dass der Modellversuch nun seit vielen Jahren immer wieder verlängert wird, bereits ein unhaltbarer Zustand für diese Lehrerinnen und Lehrer ist.

Durch die nun von der Staatsregierung herbeigeführte zusätzliche Unsicherheit bezüglich einer Fortführung des Islamischen Religionsunterrichts, besteht die Gefahr, dass gerade die befristet angestellten Lehrkräfte andere Stellenangebote annehmen und ab dem kommenden Schuljahr für die Unterrichtsversorgung nicht mehr zur Verfügung stehen. Dadurch können in Zukunft Schülerinnen und Schüler muslimischen Glaubens kaum noch fundierte Kenntnisse über ihre Religion an bayerischen Schulen erwerben.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

**Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel
u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Drs. 18/348**

**Unbefristete Stellen für die Lehrerinnen und Lehrer des Islamischen Religions-
unterrichts**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatlerin: **Anna Toman**
Mitberichterstatter: **Gerald Pittner**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen und der Ausschuss für Bildung und Kultus haben den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 7. Sitzung am 19. März 2019 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FDP: Enthaltung
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 22. Sitzung am 9. April 2019 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FDP: Enthaltung
Ablehnung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Bildung und Kultus hat den Antrag in seiner 7. Sitzung am 11. April 2019 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
- CSU: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Ablehnung
 - SPD: Zustimmung
 - FDP: Enthaltung
- Ablehnung empfohlen.

Wolfgang Fackler
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Eva Lettenbauer, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Gisela Sengl, Maximilian Deisenhofer, Anne Franke, Susanne Kurz, Hep Monatzeder, Anna Toman, Dr. Sabine Weigand und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 18/348, 18/1750

Unbefristete Stellen für die Lehrerinnen und Lehrer des Islamischen Religionsunterrichts

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Abstimmung

über eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)

Von der Abstimmung ausgenommen sind die Nummern 15 und 16 der Liste. Es sind dies die Anträge der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Margit Wild, Klaus Adelt betreffend "Lebensmittelverschwendung eindämmen", die Teile I und II, auf den Drucksachen 18/492 und 18/493. Der Aufruf dieser Anträge erfolgt auf Wunsch der SPD-Fraktion in der nächsten Sitzung.

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen. Dann übernimmt der Landtag die Voten.

6. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Unbefristete Stellen für die Lehrerinnen und Lehrer des Islamischen Religionsunterrichts
Drs. 18/348, 18/1750 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Martina Fehlner, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)
Forderung nach sinnvoller Alternative – Nutzen und Finanzierung des Projekts „Eichenzentrum im Spessart“ überprüfen
Drs. 18/390, 18/1969 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Förderung der Aufstiegsfortbildung für Schülerinnen und Schüler der Heilerziehungspflege auch in Zukunft sicherstellen
Drs. 18/394, 18/1703 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Klimaschutz in der Marktwirtschaft
Drs. 18/463, 18/1786 (A)

**Auf Antrag der FDP-Fraktion gem. § 126 Abs. § BayLTGeschO:
Votum des mitberatenden Ausschusses für Umwelt und
Verbraucherschutz**

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Matthias Fischbach u. a. und Fraktion (FDP)
An Wissenschaft und Forschung denken – Vorbereitungen für einen „harten Brexit“ treffen
Drs. 18/491, 18/1708 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Margit Wild u. a. SPD
Lebensmittelverschwendung eindämmen Teil I – Verpflichtung des Lebensmittelhandels zur Spende von unverkäuflichen Lebensmitteln
Drs. 18/492, 18/1971 (A)

Der Antrag wird in der Plenarsitzung am 05.06.2019 beraten.

16. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Klaus Adelt u. a. und Fraktion (SPD)
Lebensmittelverschwendung eindämmen Teil II – Gemeinnützige Initiativen besser unterstützen
Drs. 18/493, 18/1972 (A)

Der Antrag wird in der Plenarsitzung am 05.06.2019 beraten.

20. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Margit Wild, Ruth Waldmann u. a. SPD
10 Jahre UN-Behindertenrechtskonvention – Weiterentwicklung des Berufsbilds Schulbegleiter
Drs. 18/554, 18/2024 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

21. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Margit Wild u. a. SPD
Mikroplastik in der Umwelt
Drs. 18/557, 18/1991 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

22. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Verlagerung des Staatsarchivs Würzburg nach Kitzingen
Drs. 18/559, 18/1981 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

23. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Doris Rauscher, Michael Busch u. a. SPD
Für eine glückliche Kindheit – Ausbau der Förderung von Mütterzentren
Drs. 18/560, 18/1975 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

24. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Abschaffung von Schulgeld der Heilmittelberufe
Drs. 18/565, 18/2026 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

25. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Malachitgrün in Speisefischen, oberbayerischer Moosach und Isar –
Warum wurde die Öffentlichkeit nicht informiert?
Drs. 18/566, 18/1992 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

26. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Michael Busch, Martina Fehlner u. a. SPD
Für ein inklusives Bayern jetzt III – Expertenanhörung zur Umsetzung
der UN-Behindertenrechtskonvention in Bayern
Drs. 18/735, 18/1976 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „Zustimmung“
zugrunde zu legen.

